

Wahlprüfstein des Landesjugendrings Baden – Württemberg zur Landtagswahl 2026

ANTWORTEN DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

- 1. Wie sorgt die SPD Baden-Württemberg dafür, dass alle jungen Menschen – unabhängig von Herkunft, Wohnort oder Einkommen – Zugang zu sicheren, wohnortnahen und kommerzfreien Räumen für Freizeit, Begegnung und Kultur haben?**

Mit welchen konkreten Maßnahmen stärkt die SPD eine vielfältige, inklusive und selbstorganisierte Jugendkultur?

Die SPD macht sich stark, dass alle Kinder und Jugendlichen in ganz Baden-Württemberg Zugang zu kultureller Bildung haben. Insbesondere für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche werden wir den Zugang zu Kunst- und Kulturangeboten sicherstellen. Denn Kunst und Kultur müssen allen offen stehen.

Dabei spielen die Schulen und die Kitas eine wichtige Rolle:

Die SPD wird Kulturbotschafter:innen in Schulen einsetzen, um Kooperationen zwischen Ganztagschulen und Kulturschaffenden und -institutionen zu ermöglichen. Partnerschaften zwischen Kulturschaffenden und -institutionen sowie Kitas und Schulen sind wichtig, um Kindern und Jugendlichen einen einfacheren Zugang zu Angeboten im Kunst-, Kultur- und Freizeitbereich zu ermöglichen. Es war daher wichtig, dass die Kooperationsgelder mit Kitas und Schulen verstetigt wurden. Die SPD wird solche Kooperationen zudem über die Einrichtung eines Fonds in Höhe von 20 Mio. Euro stärken. Diesen hat die SPD bereits mehrfach in den Haushaltsberatungen im Landtag gefordert. Der Fonds bietet Schulleitungen ein flexibel einsetzbares Budget, um unter anderem Kooperationen im kulturellen Bereich zu finanzieren.

Die SPD will den Zugang zu den Landesmuseen allen Erwachsenen und Jugendlichen ermöglichen und setzt sich deshalb für freien Eintritt zu Dauerausstellungen in den Landesmuseen ein.

Zudem führen wir von der SPD einen landesweiten Kulturpass ein, mit dem allen jungen Menschen in Baden-Württemberg einmalig ein Guthaben von 100 Euro für Kulturangebote zur Verfügung steht.

Grundlage der Kulturpolitik der SPD ist eine verlässliche Finanzierung und transparente Förderung von Kunst und Kultur, auch von Jugendkultur.

Die aktuelle Landesregierung hat es versäumt, die Kulturfinanzierung zukunftsicher zu gestalten und gefährdet so die reiche Kulturlandschaft Baden-Württembergs. Aus Sicht der SPD sind Kultur und insbesondere die Jugendkultur zentrale Bestandteile unserer Gesellschaft und tragen zum Zusammenhalt und

zur Demokratieförderung bei. Zudem wirkt Kultur inklusiv. Deshalb legt die SPD großen Wert auf Barrierefreiheit in Kulturorten.

Die SPD steht für eine offene und diverse Kulturlandschaft.

Ein Förderprogramm für migrantische Perspektiven in Kunst und Kultur stärkt die Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen und fördert die Beteiligung von Künstler:innen mit Migrationsgeschichte. Vielfalt und Inklusion sichern wir durch die wichtige Arbeit des Zentrums für kulturelle Teilhabe Baden-Württemberg. Soziokulturelle Zentren spielen als Orte des Ehrenamts und der Nachwuchsförderung eine bedeutende Rolle.

2. Wie stellt die SPD Baden-Württemberg sicher, dass Jugendbeteiligung auf Landesebene verbindlich, wirksam und sozial gerecht ausgestaltet wird?

Wie will die SPD den Beteiligungsparagrafen (§ 41a GemO) konsequent umsetzen und Jugendbeteiligung in allen Kommunen zum festen Bestandteil politischer Entscheidungen machen?

Demokratie beginnt vor Ort – in Städten und Gemeinden. Deshalb fordern wir von der SPD, dass Jugendbeteiligungsgremien bei allen Themen ein verbindliches Antrags- und Rederecht im Gemeinderat erhalten. Politische Beteiligung darf auch nicht vom Wohlwollen einzelner Verwaltungen abhängen. Deshalb sollen in allen Kommunen mit über 30.000 Einwohner:innen Jugendgemeinderäte verpflichtend eingerichtet werden. Auch in kleineren Gemeinden müssen Jugendforen verpflichtend sein. Ebenso wollen wir landkreisweite Jugendbeteiligungsformate, die ein verbindliches Rede- und Antragsrecht im Kreistag erhalten. Junge Menschen müssen auf allen politischen Ebenen Gehör finden und ihre Anliegen wirksam einbringen können. Bei der Kommune und beim Landkreis hört für uns die Beteiligung jungen Menschen nicht auf.

Aus der Perspektive der SPD sind Jugendliche die besten Expert:innen in allen Jugendfragen. Sie müssen deshalb stärker, direkter und verbindlicher in politische Entscheidungsprozesse auf Landesebene eingebunden werden. Die obersten Jugendgremien des Landes sollen zu allen jugendrelevanten Themen im Landtag und dessen Ausschüssen angehört werden, insbesondere bei Haushaltsberatungen, wenn es um Mittel für den Jugendbereich geht. So wird sichergestellt, dass die Perspektiven der jungen Generation nicht nur angehört, sondern auch verbindlich berücksichtigt werden.

Geplant ist die Einrichtung einer „Taskforce Jugend“ beim Staatsministerium, in der Vertreter:innen der Landtagsfraktionen, Delegierte von Jugendvertretungen sowie weitere Expert:innen gemeinsam wirksame Maßnahmen erarbeiten. Ziel ist es, der Jugend künftig eine strukturierte und dauerhafte Partizipation auf Landesebene zu ermöglichen. Die Ergebnisse werden der Ministerpräsidentin

bzw. dem Ministerpräsidenten vorgestellt und anschließend dem Kabinett zur Beschlussfassung vorgelegt.

3. Wie setzt sich die SPD Baden-Württemberg dafür ein, dass junge Menschen unabhängig vom Geldbeutel selbstbestimmt, zuverlässig und bezahlbar mobil sein können?

Steht die SPD klar für den dauerhaften Erhalt und die Preisstabilität des D-Ticket Jugend BW?

Wir von der SPD wollen das Jugendticket Baden-Württemberg wieder auf das bewährte Modell eines 365-Euro-Tickets umstellen. Junge Menschen sollen für nur einen Euro pro Tag im ganzen Land unterwegs sein können: einfach, günstig und klimafreundlich. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass Preissteigerungen im öffentlichen Nahverkehr verhindert werden.

4. Wie sorgt die SPD Baden-Württemberg dafür, dass Jugendverbände und Jugendringe als gleichwertige Partner in die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztag eingebunden und verlässlich finanziert werden?

Jugendverbände, Jugendringe, Sportvereine, Musik- und Kulturvereinigungen usw. sind wichtige Partner, ohne die die Ganztagsschule bzw. die Ganztagsbetreuung nicht umgesetzt werden soll – und im Übrigen auch nicht umgesetzt werden kann. Denn zum einen wird es nicht möglich sein, genügend Lehrkräfte oder Erzieher:innen für die zusätzlichen Zeiten zu gewinnen, und zum anderen ist es uns von der SPD auch wichtig, bei den Kindern und Jugendlichen Neigungen zu stärken, die sie etwa in Chören, Sportvereinen oder in der Jugendarbeit weiter ausbauen können. Dafür schaffen wir langfristige Kooperationsmodelle mit fairer Vergütung für die Mitarbeitenden der Partner. Im Hinblick auf Qualität, Verlässlichkeit und Finanzierung braucht das aber einen großen Vorlauf und verbindliche Absprachen. Dies hätte schon längst geschehen müssen.

5. Welche konkreten Maßnahmen ergreift die SPD Baden-Württemberg, um die psychische Gesundheit junger Menschen zu stärken und Unterstützungsangebote auszubauen?

Wie stellt sich die SPD entschieden gegen Kürzungen bei Präventions-, Beratungs- und Interventionsangeboten auf kommunaler Ebene?

Gute psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung muss bedarfsgerecht sein und eine den Leitlinien entsprechende Behandlung über alle Versorgungsbereiche hinweg bieten.

Stationäre Akutbehandlung, Anschlussversorgung und ambulante Hilfen sind nahtlos und durchgängig miteinander zu verbinden. Im ambulanten Bereich müssen Bedarfe realistisch geplant werden. Wir ergreifen Maßnahmen, um die Wartezeiten für ambulante und stationäre Behandlungen deutlich zu verkürzen. Wir stellen mehr Plätze in Kinder- und Jugendpsychiatrien zur Verfügung sowie teilstationäre Angebote und Angebote für junge Erwachsene.

Aus der Sicht der SPD muss aber auch die mentale Gesundheit in den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen, insbesondere in den Bildungseinrichtungen gestärkt werden: Schulsozialarbeit und psychologische Fachkräfte gehören für uns deshalb dauerhaft zur Struktur jeder Schule. Schulsozialarbeit leistet einen zentralen Beitrag für gelingende Bildung und Teilhabe. Wir bauen diese flächendeckend aus und sichern die Hälfte der Finanzierung durch das Land. Die schulpsychologische Unterstützung verbessern wir ebenso.

Ohne verlässliche Einnahmen können Rathäuser keine sozialen Angebote fördern, keine Feuerwehr ausstatten und keine Klimaanpassung vorantreiben. Verschuldete Gemeinden verlieren Gestaltungskraft und büßen demokratische Glaubwürdigkeit ein. Solide Finanzen sind daher die Voraussetzung für jede andere kommunale Aufgabe. Wir wälzen die Kosten der Landespolitik nicht auf die Kommunen ab. Wer auf Landesebene neue Pflichten erlässt, finanziert sie künftig vollständig und dynamisch. Damit beenden wir den jahrelangen Kostendurchmarsch von oben nach unten, der Kassen leerfegt und Bürgerdienste bedroht. Eine Verfassungsänderung schafft Rechtsklarheit und verhindert Dauerstreit vor Gericht. Wenn die Finanzkraft der Kommunen gestärkt wird, brauchen dort keine Sparhaushalte aufgestellt werden.

6. Wie will die SPD Baden-Württemberg Freiwilligendienste ausbauen, fair entlohnen und sozial absichern?

Welche konkreten Verbesserungen plant die SPD für Träger, Einsatzstellen und Strukturen sowie für Freiwilligendienstleistende (z. B. Vergütung, Mitbestimmung, soziale Absicherung)?

Wir schaffen neue Anreize für den Freiwilligendienst. Freiwilligendienste wie das FSJ sind ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir bekennen uns zu einem Recht auf Freiwilligendienst für junge Menschen. Wir erhöhen die Landesförderung mit dem Ziel, Freiwilligendienste attraktiver zu gestalten. Wir wollen kostenlose ÖPNV-Tickets für Freiwilligendienstleistende stellen und mehr Einsatzmöglichkeiten schaffen. Wir wollen daher die Finanzierung der Freiwilligendienste auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung weiterentwickeln.

Zur Unterstützung der beruflichen Orientierung und persönlichen Entwicklung, der Stärkung des freiwilligen Engagements muss jeder junge Mensch nach Ende der Schulzeit die Möglichkeit haben, sich für ein Jugendfreiwilligenjahr zu entscheiden. Wir werden einen Rechtsanspruch auf Förderung aller Freiwilligendienst-Vereinbarungen für „Unter-27-Jährige“ schaffen, beispielsweise im Freiwilligen Sozialen Jahr oder in internationalen Freiwilligendiensten.

Wir von der SPD wollen die Wohlfahrtsverbände bedarfsgerecht ausstatten. Das Freiwillige Soziale Jahr Digital (FSJdigital) werden wir neu auflegen. Das Engagement in Jugendfreiwilligendiensten muss für junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft möglich sein. Dafür soll es ein bundesweit einheitliches Freiwilligengeld geben, das junge Menschen zusammen mit dem neuen gestaffelten Kindergeld elternunabhängig absichert.

7. Wie unterstützt und würdigt die SPD Baden-Württemberg junge Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren?

Wie will die SPD die Ehrenamtskarte/Juleica weiterentwickeln und mit attraktiven, landesweit gültigen Vorteilen ausstatten?

Für welche konkreten Maßnahmen zum Bürokratieabbau setzt sich die SPD ein, damit junge Ehrenamtliche weniger Verwaltungsaufwand und mehr Zeit für Engagement haben?

Die Maßnahmen der grün-schwarzen Landesregierung zur Einführung einer landesweiten Ehrenamtskarte haben wir unterstützt. In anderen Bundesländern gibt es diese Form der Anerkennung schon längst. Dass die Einführung bisher so lange gedauert hat und die Ehrenamtskarte in den meisten Regionen Baden-

Württembergs immer noch nicht in der Praxis angekommen ist, betrachten wir jedoch mit Kritik. An dieser Stelle wollen wir deutlich schneller vorankommen. Wir entlasten die Vereine durch digitale Verfahren und landesweit einheitliche Standards.

Im Bund haben wir jüngst das Zukunftspaket Ehrenamt beschlossen. Es beinhaltet die Erhöhung der Ehrenamtspauschale von 840 auf 960 Euro und die Erhöhung der Übungsleiterpauschale von 3.000 auf 3.300 Euro.

Die Haftungsprivilegierung für ehrenamtlich Tätige wird vereinheitlicht und ebenfalls auf 3.300 Euro angehoben. Zusätzlich profitieren gemeinnützige Vereine von höheren steuerlichen Freigrenzen und vereinfachten Nachweispflichten, was ihre Arbeit deutlich erleichtert: Die Einnahmen-Grenze, ab der gemeinnützige Organisationen ihre Mittel möglichst bald verwenden müssen, wird von derzeit 45.000 auf 100.000 Euro pro Jahr ausgeweitet. Die Freigrenze aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb für gemeinnützige Vereine steigt von 45.000 auf 50.000 Euro pro Jahr. Weitere Schritte zur Entlastung und Förderung des Engagements sind von uns geplant. Dazu gehört insbesondere der gezielte Abbau bürokratischer Belastungen, unter anderem durch Vereinfachungen des Vereins- und Datenschutzrechts, die viele Initiativen und Vereine im Alltag ausbremsen.

8. Welche Maßnahmen schlägt die SPD Baden-Württemberg für einen sozial gerechten und generationengerechten Klimaschutz vor, der junge Menschen nicht überfordert?

Wie positioniert sich die SPD zu einem Sofortprogramm zur Erreichung der Klimaziele bis 2040?

Aus der Perspektive der SPD erreichen wir die Klimaziele nur gemeinsam mit den Menschen und nicht gegen sie. Deshalb müssen alle in die Lage versetzt werden, diese mitzutragen. Gerade bei Klimaanpassungsmaßnahmen achten wir auf die soziale Dimension und haben besonders gefährdete Gruppen im Blick. Damit dies in unserer Gesellschaft gelingt, braucht es Teilhabe, Bildung und Haltung. Deshalb stärken wir Umweltbildung in Schulen, Kitas und der Erwachsenenbildung und unterstützen bürgerschaftliches Engagement.

Als sozialdemokratische Partei wollen wir den Wandel mutig und gerecht gestalten. Unser Ziel bleibt die Klimaneutralität bis 2040. Wir werden den notwendigen Aufholkurs einschlagen – ökologisch verantwortlich, wirtschaftlich stark und sozial gerecht. Klimaneutralität ist dann erfolgreich, wenn die Interessen der Arbeitnehmer:innen, der Wirtschaft und der Industrie berücksichtigt werden.

Der Schlüssel zur Klimaneutralität ist der massive Ausbau erneuerbarer Energien. Nur so sichern wir eine unabhängige, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung. Wir halten an dem Ziel fest, 80 Prozent erneuerbare Energien an der Bruttostromerzeugung bis 2030 zu erreichen, und schaffen dafür die notwendigen Voraussetzungen.

Aus Sicht der SPD ist die Verfügbarkeit von Flächen die wichtigste Voraussetzung für den Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien. Das Flächenziel für die Windkraftnutzung und Photovoltaik heben wir von 2 Prozent je Region auf 3,2 Prozent landesweit an, um genügend Standorte zu ermöglichen.

Die Energiewende gelingt nur, wenn wir den Ausbau der erneuerbaren Energien mit einer modernen Infrastruktur verbinden. Wir von der SPD investieren in Stromnetze, Speicherlösungen und Ladeinfrastruktur für die Verkehrswende. An erster Stelle steht dabei der Ausbau der Verteil- und Übertragungsnetze.

9. Setzt sich die SPD Baden-Württemberg für einen verbindlichen Bündnisschutz der Kinder- und Jugendarbeit in der Legislaturperiode 2026–2031 ein?

Wie stellt die SPD die gesellschaftliche Stellung der Jugendverbände und Jugendringe als Interessensvertretung junger Menschen und Werkstätten der Demokratie sicher?

Welche Initiativen plant die SPD zum Erhalt, zur Sanierung und zur Modernisierung gemeinnütziger Jugendbildungs-, Freizeit- und Übernachtungsstätten?

Wie steht die SPD Baden-Württemberg zu einer Reform des Freistellungsgesetzes im Sinne junger Engagierter?

Wir werden den „Masterplan Jugend“ weiter vorantreiben und stärken. Er muss in Absprache mit den Beteiligten in eine bessere Kinder- und Jugendhilfeplanung auf Landesebene eingebunden werden. Wichtig für uns ist, dass die Förderrichtlinien so ausgestaltet werden, dass Planungssicherheit für die Verbände besteht und die Mittel tatsächlich komplett abgerufen werden können. Möglichst viele Kinder und Jugendliche sollen davon profitieren.

Und selbstverständlich müssen dabei auch Mittel für den Erhalt, zur Sanierung und zur Modernisierung gemeinnütziger Jugendbildungs-, Freizeit- und Übernachtungsstätten vorhanden sein.

Kinder- und Jugendverbände sind für uns originäre Aktionsfelder, die die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Sie sind Plattformen des selbstorganisierten Engagements und geben jungen Menschen Gestaltungs-, Teilhabe- und Entscheidungsoptionen, die sie sonst nicht haben. So wirken sie als Werkstätten der Demokratie. Dort erfahren und lernen junge Menschen Fähigkeiten und Haltungen, die im politischen Leben nötig sind, nicht nur theoretisch. Sie erleben, was Mitbestimmung bedeutet. Auch wenn nicht alle Formate

der Jugendverbände als politische Bildungsmaßnahmen begriffen werden können und sollen – in Kinder- und Jugendverbänden, wie z.B. Sportvereinen, Jugendfeuerwehren, kirchlichen oder politischen Jugendorganisationen, können junge Menschen gestalten, teilhaben und entscheiden. Sie erfahren, was selbst organisiertes Engagement und echte Beteiligung ausmachen und was sich damit alles bewirken lässt.

Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche, die sich für die Demokratie oder für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen, fördern wir strukturell und finanziell. Hierzu ist die Einführung eines Landesprogramms „Wehrhafte Demokratie“ vorgesehen, dass Projekte zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention nachhaltig finanziell absichert.

10. Wie beschreibt die SPD Baden-Württemberg ihre Vision eines solidarischen, gerechten und jugendgerechten Baden-Württembergs?

Für uns geht es um ein Baden-Württemberg, in dem wir alle gut und gerne leben.

Ein Land, in dem sichere Arbeitsplätze nicht die Ausnahme sind.

Ein Land, in dem Wohnen bezahlbar ist und Bildung allen die gleichen Chancen eröffnet.

Ein Land, in dem das Gesundheitssystem wirklich für die Menschen da ist.

Es darf nicht entscheidend sein, woher du kommst, sondern wohin du willst.

Deshalb kämpfen wir von der SPD für gebührenfreie Bildung – von der Kita bis zum höchsten Bildungsabschluss, ob Master oder Meister. Die Talente von morgen brauchen starke Schulen.

Unser Ziel ist ein Baden-Württemberg, das wieder Mut macht: Ein Land, in dem Ideen Gestalt annehmen können. Ein Land, in dem Zusammenhalt stärker ist als die Angst vor Veränderung, in dem niemand zurückgelassen wird und jede Stimme zählt. Ein Land, in dem Chancen nicht vom Geldbeutel abhängen.

11. Welche drei jugendpolitischen Maßnahmen haben für die SPD dabei höchste Priorität?

1. Gleiche und gute Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg schaffen – unabhängig vom Einkommen der Eltern.
2. Mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf allen Ebenen und in jedem Alter.
3. Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Stuttgart, (12.01.2026)